

Herr Mäder, der Krieg im Nahen Osten, der Zollstreit mit den USA, der starke Franken, der Streit um die Zukunft des Bankenplatzes – die Schweizer Wirtschaft hat schon bessere Zeiten erlebt. Gehen Sie aus Erschöpfung?

Nein, ich gehe, weil meine zweite Amtszeit von drei Jahren abläuft. Das war immer mein Plan. Ich gehe allerdings mit einer gewissen Sorge. Die Schweiz ist derzeit einer Häufigkeit und Intensität von Ereignissen ausgesetzt, welche die Wirtschaft belasten. Die Unsicherheit ist gross, und Unsicherheit ist Gift für die Wirtschaft.

Seit fast einem Jahr herrscht Unsicherheit über die Zölle auf Exporte in die USA. Bis Ende März soll der Zoll-Deal stehen. Zudem dürften die USA den Bundesrat bald bitten, mit Kampfjets die Schweiz überfliegen zu dürfen. Wie soll die Schweiz reagieren?

Die USA sind ein überragend wichtiger Handelspartner für die Schweiz, und das wird auch so bleiben. Aus wirtschaftlicher, aber auch aus politischer Sicht stellt sich deshalb die Frage, wie klug es ist, die amerikanische Politik vorwiegend aus dem Blickwinkel schweizerischer Befindlichkeit zu kommentieren.

Das heisst übersetzt: das Maul halten. Unter Trump hat sich die politische Konstellation in den USA stark verändert. Das ist die Realität, und damit müssen wir uns arrangieren. Damit meine ich nicht kuschen oder das Maul halten. Aber als Kleinstaat kann sich die Schweiz nicht als Missionar des Weltgeschehens auführen. Wir müssen die politischen und wirtschaftlichen Realitäten akzeptieren, ob sie uns passen oder nicht.

Auch beim Export von Kriegsmaterial? Ja. Unsere restriktive Ausfuhrpolitik wird im Ausland nicht verstanden und schwächt die eigene Rüstungsindustrie. Economiesuisse setzt sich deshalb für die geplante Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes ein. Ich persönlich kann nicht nachvollziehen, weshalb wir Ländern wie Deutschland Rüstungsgüter liefern, ihnen aber verbieten, diese an die Ukraine weiterzugeben.

Was stört Sie mehr? Der moralische oder der wirtschaftliche Aspekt? Beides. Der Angriff auf die Ukraine ist eine flagrante Verletzung sämtlicher völkerrechtlicher Prinzipien. Da muss man doch nicht lange überlegen, auf wessen Seite man steht! Der moralische Impetus, mit dem wir Ländern wie Deutschland vorschreiben wollen, keine Waffen an die Ukraine zu liefern, ist nicht nur anmassend, er steht auch im Widerspruch zum Anspruch einer bewaffneten Neutralität.

Aussenminister Cassis hat deshalb ein kooperatives Verständnis der Neutralität vorgeschlagen. Der Bundesrat liess ihn auflaufen.

Der Bundesrat hat diese wichtige Diskussion in einer Art und Weise abgetan, die ich für unverantwortlich halte. Der Begriff «kooperativ» umschreibt nichts anderes als jene Neutralitätspolitik, die wir seit je verfolgen. Die Diskussionsverweigerung ist inakzeptabel.

Und jetzt kommt die Neutralitätsinitiative der SVP – voraussichtlich ohne Gegenvorschlag.

Im Moment ist die Zustimmung in der Bevölkerung laut Umfragen mässig, aber bis zur Abstimmung kann noch viel passieren. Die Diskussion hat ja noch gar nicht begonnen. Wir müssen dem Stimmvolk erklären, dass die Initiative nicht den Status quo zementiert, sondern einen Rückschritt bedeutet: hin zu einer rigiden, starren, mechanistischen Neutralität, die nie der Kern unserer Politik war. Meiner Meinung nach ist die Neutralitätsinitiative vor allem ein strategisches Werkzeug im Zusammenhang mit der EU-Politik – genau wie die «10-Millionen-Schweiz-Initiative» auch.

Die Abstimmung findet schon im Juni statt. Bis jetzt beschränkt sich die Gegenwehr auf den vom Gewerkschaftsbund kreierten Begriff «Chaos-Initiative». Müsste man den Stimmberechtigten nicht erklären, worin das Chaos besteht? Wir haben den Begriff nicht erfunden, aber ich halte ihn für durchaus deskriptiv.

Wieso? Erreicht die Schweiz vor 2050 die Schwelle von 10 Millionen Einwohnern, bleiben dem Bundesrat zwei Jahre Zeit, darauf zu reagieren. Erst danach müsste er in letzter Konsequenz wohl die Personenfreizügigkeit kündigen.



«Als Kleinstaat müssen wir die politischen und wirtschaftlichen Realitäten weltweit akzeptieren, ob sie uns passen oder nicht», sagt Christoph Mäder.

SEVERIN BIGLER / CH MEDIA

«Der Bundesrat produziert im Moment viel Flickwerk»

Christoph Mäder hat als Präsident von Economiesuisse die Corona-Pandemie, den Fall der CS, den Zollstreit mit den USA – und unzählige blockierte Reformen erlebt. Im Gespräch mit Christina Neuhaus konstatiert er ein Systemproblem

Das Bundesamt für Statistik geht davon aus, dass diese Schwelle deutlich vor 2050 erreicht wird. Das Hauptproblem ist aber, dass die Initianten keine Antwort darauf haben, was passiert, wenn die Personenfreizügigkeit fällt und damit auch die anderen Verträge der Bilateralen I mit der EU gekündigt werden. Woher kommen dann die notwendigen Arbeitskräfte? Und wie wird dann die Grenzsicherheit geregelt? Die SVP fordert gerne, und zu Recht, ein Preisschild, etwa bei der AHV. Hier nicht. Das alte Kontingentsystem, von dem die SVP gerne redet, ist keine Alternative zur Personenfreizügigkeit. Das war ein administrativer Altraum!

Die Wirtschaft redet immer von den benötigten Fachkräften. Doch die Maschinenindustrie hat 2025 im vergangenen Jahr 6000 Stellen abgebaut, die Pharmaindustrie mehrere hundert. Wie wollen Sie dem Normalbürger erklären, dass die Unternehmen ausländische Arbeitskräfte brauchen?

Wegen der Demografie. Bereits heute verlassen mehr Menschen den Arbeitsmarkt und gehen in die Rente, als junge Menschen ins Erwerbsleben eintreten. Die Personenfreizügigkeit hilft uns.

Aber klar: Wir haben uns so an die Vorteile der Personenfreizügigkeit gewöhnt, dass sie uns selbstverständlich erscheinen. In der Hotellerie stammen 49 Prozent des Personals aus dem Ausland, in den Spitälern sind drei von zehn Angestellten keine Schweizer. Auch die Bauwirtschaft stünde ohne Menschen aus dem Ausland vor dem Kollaps.

Alles in Ordnung also?

Natürlich hat die Zuwanderung auch negative Seiten: Stichwort Dichtestress. Aber in der öffentlichen Diskussion fokussieren wir einseitig auf die Nachteile und blenden die positiven Effekte aus. Ein Kollege von Ihnen hat kürzlich sinngemäss geschrieben, Lärm erzeuge mehr Aufmerksamkeit als Fakten. Die Dichte in städtischen Gebieten ist hoch, das ist unbestritten. Aber es betrifft nicht alle Regionen. Mir ist auch ein anderer Punkt wichtig, nämlich dass man das Asylrecht konsequent umsetzt – nicht nur beim Bund, sondern auch in den Kantonen. Dann würde das Thema entschärft. Die Menschen hätten wieder mehr Vertrauen in die Rechtsordnung.

Reicht das, um die Stimmberechtigten von einem Ja zu den neuen bilateralen Verträgen zu überzeugen?

Das Problem ist, dass die Nachteile viel leichter zu schildern sind als die Vorteile. Dabei wäre der Schaden eines Neins massiv. Die Briten haben das nach dem Ja zum Brexit schmerzhaft zu spüren bekommen. Die SVP behauptet gern, die Schweiz sei für die EU so wichtig, dass sie uns auch nach einem Nein eine Sonderbehandlung gewähre. Das entbehrt jeder Grundlage.

Wieso? Nach dem Nein zum EWR handelte die Schweiz die vorteilhaften Bilateralen aus.

Wie viele Male klappt das noch? Die Geduld der Europäer dürfte ihre klaren Grenzen haben. Wenn wir uns isolieren, sind wir bei Projekten wie «Europe first» definitiv draussen. Das ist kein theoretisches Risiko, das ist real. Aber wir müssen Brüssel nicht lieben, darum geht es nicht. Die Schweiz ist auf gute internationale Beziehungen mit allen angewiesen, die besten sollten wir mit den Europäern pflegen. Das ist im ur-eigenen Interesse der Schweiz.

Die «EU first»-Politik ist eine Folge der schwächelnden europäischen Wirtschaft. Wieso soll sich die Schweiz an einen angeschlagenen Partner ketten?

Europa schwächelt wirtschaftlich und politisch; das ist eine Tatsache. Die tiefe Krise der Automobilindustrie trifft Deutschland hart, und die technologische Revolution hat die Deutschen auf dem falschen Fuss erwischt. In der EU müssten eigentlich alle Alarmglocken läuten. Der Handlungsbedarf, auch der sicherheitspolitische, war noch selten so hoch. Ursula von der Leyen hält zwar rhetorisch brillante Reden und tut so, als sei die Sicherheitsunion schon umgesetzt. Allein ihre Ankündigung, Europa im Bereich Sicherheit wieder unabhängiger zu machen, wäre vor zwei Jahren noch undenkbar gewesen.

Gibt es Hoffnung für Europa?

Es gibt Anzeichen für eine Umkehr, etwa den Draghi-Report zur europäischen

Stabwechsel bei Economiesuisse

cn. · Christoph Mäder ist Rechtsanwalt. Er arbeitete zunächst als wissenschaftlicher Assistent für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel. 18 Jahre lang gehörte er der Konzernleitung von Syngenta an. Als Präsident des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse seit 2020 zeichnet sich Mäder durch grosse Nahbarkeit aus. Als Staatsrechtler und engagierter Bürger überrascht er immer wieder mit eigenständigen Ansichten. Etwa als er sich für ein Ständemehr bei den Abstimmungen über die EU-Verträge aussprach. Nach zwei Amtsperioden gibt Mäder das Präsidium ab. Sein Nachfolger wird Silvan Wildhaber, CEO des St. Galler Textilunternehmens Filtext AG und Verwaltungsratspräsident der Muttergesellschaft Emil Anderegg AG. Die Amtsübergabe ist im September.

«Der Bundesrat hat noch nicht einmal eine klare Prioritätenliste. Weshalb? Weil er nicht will.»

Wettbewerbsfähigkeit oder die «Omni-bus»-Pakete zur Entschlackung der Regulierung. Europa hat gemerkt, dass es der Wirtschaft nicht gleichzeitig eine radikale grüne Erneuerung zumuten und sie mit einer Flut von Regulierungen überhäufen kann. Die EU hat massiv an Terrain verloren. Aber die Grundvoraussetzungen sind immer noch sehr gut; Infrastruktur, Ausbildung, Forschung. Die grosse Frage lautet: Hat Europa auch den Willen für einen Kurswechsel?

Länder wie Luxemburg, Irland, Dänemark oder die Niederlande sind heute produktiver als die Schweiz. Und auch bei uns sinkt die Arbeitszeit.

Südkorea hat die maximale Wochenarbeitszeit auf 52 Stunden gesenkt. Die gesetzliche Wochenarbeitszeit in Frankreich beträgt 35 Stunden. Die Schweiz hat in den vergangenen 45 Jahren die Jahresarbeitszeit pro Kopf um mehr als 200 Stunden reduziert. Das sind fünf bis sechs Arbeitswochen weniger. Wir sind Teilzeit-Weltmeister, weil wir meinen, wir könnten uns das leisten.

Nicht nur in der Stadt Zürich leben viele Menschen besser, wenn sie ihre Arbeitspensen reduzieren und weniger verdienen. Sie erhalten dann Krankenkassen- und Kita-Vergünstigungen, zahlen weniger Steuern und haben unter Umständen Anrecht auf eine vergünstigte Wohnung.

Das ist eine gefährliche Entwicklung. Wenn wir unseren Wohlstand halten wollen, müssen wir eine ehrliche Diskussion über die Wochenarbeitszeit und die Lebensarbeitszeit führen. Dass der Bundesrat das Thema Rentenaltererhöhung auf nach 2040 verschoben hat, ist ein Skandal. Die demografische Entwicklung kann man nicht einfach verdrängen.

Wie erklären Sie sich das Prokrastinieren der Landesregierung?

Der Bundesrat produziert im Moment viel Flickwerk, weil er keine Mehrheiten hat. Deshalb schiebt er mithilfe des Parlaments die grossen Probleme vor sich her: Bundesfinanzen, Landesverteidigung, Altersvorsorge, das Verhältnis zu Europa. Die Selbstzufriedenheit ist unser grösstes Problem. Ich kann ja verstehen, dass Bundesräte der Versuchung erliegen, Probleme so weit vor sich herzuschieben, dass sie sich erst nach ihrer Amtszeit stellen. Doch wenn das so weitergeht, verlieren wir die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, endgültig.

Gibt es eine Lösung gegen diesen Reformstau?

Wir müssen uns wieder auf die alten Rezepte besinnen. Wenn wir nicht mehr in der Lage sind, Kompromisse zu schliessen, haben wir bald ein Systemproblem. Eine ehemalige Ministerin von Finnland sagte mir einmal, dass sie und ihre Kollegen wenigstens vier Jahre lang nach einem klaren Plan hätten regieren können. In der Schweiz hat der Bundesrat noch nicht einmal eine klare Prioritätenliste. Weshalb? Weil er nicht will.

Machen Sie ein Beispiel?

Ich weiss gar nicht, wo anfangen. Aber nehmen wir die Armeefinanzierung. Polen gibt über 4 Prozent des BIP für die Armee aus und hat erst noch die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen. Die Schweiz streitet immer noch über eine Erhöhung auf 1 Prozent des BIP. Das ist eine Bankrotterklärung.

Bundesrat Martin Pfister will zur Finanzierung der Armeeaussgaben die Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent erhöhen. Der Bundesrat unterstützt ihn, aber im Parlament dürfte er scheitern.

Es gibt im Wesentlichen vier Bereiche, bei denen die Ausgaben gesetzlich nicht gebunden sind: Bildung und Forschung, Entwicklungshilfe, Landwirtschaft und die Armee. Wenn wir zur Sanierung des Bundeshaushalts nicht endlich bereit sind, auch die gebundenen Ausgaben in die Diskussion mit einzubeziehen, werden wir ständig nur Flickwerk haben.

Etwa 60 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes sind gebunden.

Genau das ist das Problem. Wenn ich Politiker darauf anspreche, sagen sie meistens: Da haben Sie recht, aber wenn wir das ändern wollen, brauchen wir andere Gesetze.

Und was antworten Sie darauf?

Genau das ist doch die Aufgabe der Politik! Verantwortung übernehmen! Wenn wir nicht endlich wegkommen von dieser «Subventionitis», bleibt jede Finanzstrategie wirkungslos.

Was fordern Sie konkret?

Ich fordere Ehrlichkeit. Wir können nicht ständig neue Ausgaben beschliessen – wie jetzt bei der 13. AHV-Rente oder der Armeefinanzierung – und gleichzeitig behaupten, das Budget sei an anderer Stelle «gebunden» und damit unantastbar. Wenn wir nicht mehr in der Lage sind, über diese Prioritäten zu streiten und Gesetze anzupassen, dann haben wir kein Finanzproblem, sondern ein Systemproblem. Wir verlieren die Kraft zur echten politischen Gestaltung.

Ist die Blockade ein Versagen der Politik oder eine gesellschaftliche Entwicklung?

Ich beobachte eine Entkoppelung. Viele Menschen sind erschlagen von den vielen belastenden Ereignissen in der Welt und schalten deshalb ab. Das führt dazu, dass das Verständnis für das Schweizer Politiksystem zurückgeht und sich immer weniger Menschen politisch engagieren. Dieses Vakuum wird durch die populistischen Pole besetzt. Diese «Krise der Intermediäre» – also der Parteien, Medien und Verbände – ist für eine direkte Demokratie potenziell sogar noch gefährlicher als für eine repräsentative wie Deutschland.